

BILATERALE WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN SCHWEIZ - BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

1. Binnenwirtschaftliche Entwicklung

Anhaltendes Wachstum der Wirtschaft im Westen Deutschlands, hohe Inlandnachfrage als Triebfeder

Mit 4,5% war das Wirtschaftswachstum in der ehemaligen BRD 1990 so kräftig wie seit 1976 nicht mehr. Wachstumsträger war die Inlandnachfrage, die im vergangenen Jahr um beinahe 5% ausgeweitet wurde. Mit 12,1% erhöhten sich die Ausrüstungsinvestitionen 1990 wie niemals in den letzten zwanzig Jahren. Die Bauinvestitionen stiegen um 5% und der private Konsum um 4,4%. Auch für 1991 wird eine weitere Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums erwartet, auch wenn die prognostizierte Erhöhung des BSP um 2,5 - 3,0% eine gewisse Verlangsamung andeutet, nicht zuletzt als Folge der enormen finanziellen Belastungen im Zuge der Vereinigung der beiden Staaten.

Aufschwung im Osten lässt auf sich warten

Trotz noch unvollständiger Statistiken für den Osten Deutschlands kann festgestellt werden, dass die wirtschaftliche Lage alles andere als gut bezeichnet werden kann. Der nun sichtbar gewordene Mangel an Wettbewerbsfähigkeit und die veränderte Nachfragestruktur schlagen sich auf die Produktion nieder. Während sich Produktions- und Auftragsrückgang nach einem grossen Einbruch im letzten Sommer momentan im Rahmen halten, könnte sich dies ohne die vielfältigen staatlichen Unterstützungsmassnahmen, welche grossen Teilen der Wirtschaft noch zukommen, drastisch ändern. Trotz erster Anzeichen - steigende Zahl von Gewerbebegründungen, Zunahme der Bauaufträge - scheint sich der wirtschaftliche Aufschwung in den neuen Bundesländern weiterhin zu verzögern.



Verbesserung der Beschäftigungssituation im Westen, steigende Arbeitslosigkeit im Osten

Die gegenläufige Wirtschaftsentwicklung im Westen und Osten Deutschlands spiegelt sich besonders krass in der Arbeitsmarktsituation. Die kräftige konjunkturelle Expansion im Westen Deutschlands liess die Zahl der Erwerbstätigen 1990 um 775'000 steigen. Gleichzeitig verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen. In den neuen Bundesländern dagegen ist die Beschäftigung seit Herbst 1989 rückläufig. Dies rührt einerseits von den erheblichen Produktionseinschränkungen als Folge hoher Kosten und nicht wettbewerbsfähiger Produkte, als auch von der personellen Ueberbesetzung der ehemals volkseigenen Betriebe. Aufgrund der Ende Juli auslaufenden Kündigungsregelungen stieg die Zahl der Arbeitslosen in den neuen Bundesländern gegenüber dem Vormonat um 226'100 erstmals auf über 1 Mio. (1,068), was einer Arbeitslosenquote von 12,1% entspricht (Arbeitslosenquote in den alten Bundesländern zur selben Zeit: 5,7%). Parallel dazu verringerte sich die Zahl der Kurzarbeiter auf 1,6 Mio., was als Zeichen der nun zu Tage tretenden versteckten Arbeitslosigkeit angesehen wird (es wird geschätzt, dass ca. die Hälfte davon faktisch ebenfalls keine Arbeit hat). Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit wäre die Zahl der Arbeitslosen weit stärker gestiegen, würde nicht eine grosse Anzahl Entlassener in der Form öffentlich finanzierter Auffangprogramme (z. B. Umschulung, Beschäftigungsgesellschaften) eine Betätigung finden. Ihre Anzahl wird auf 1,8 Mio. geschätzt. Zählt man zu dieser Zahl die rund 1 Mio. Arbeitslosen dazu, dürfte in den neuen Bundesländern zum jetzigen Zeitpunkt fast jeder Dritte ohne geregelte Arbeit sein.

Verminderung der stark positiven Leistungsbilanz

Die sich öffnenden Märkte im Osten Deutschlands liessen die (west)deutsche Exportindustrie die sich abschwächende Weltkonjunkturlage weniger spüren. Der Handelsbilanzsaldo der alten Bundesrepublik aber verkleinerte sich auf 92,1 Mia. DM, da sich die Importe um 9% erhöhten bei einer gleichzeitigen Steigerung der Exporte um nur 1% (1989: 134,7 Mia. DM). Einschliesslich der ehemaligen DDR belief sich der Handelsbilanzsaldo auf 107,3 Mia. Als Folge des geringeren Ausfuhrüberschusses verringerte sich der Leistungsbilanzsaldo der neuen Bundesrepublik 1990 von

104 Mia. DM auf 72 Mia. DM und zeigt, analog der Handelsbilanz, eine Tendenz zu einem ausgeglichenerem Aussenwirtschaftsverkehr. Dazu beigetragen haben auch sog. unentgeltliche Uebertragungen, welche im Rahmen der Beteiligung an den Kosten des Golfkrieges und an den Rückführungskosten für die sowjetischen Truppen anfallen.

**Restriktive
Geldmengenpolitik soll
Preisstabilität
gewährleisten bei
gleichzeitigem weiteren
Wirtschaftswachstum**

Das Ziel der deutschen Bundesbank, 1990 die Ausweitung der Geldmenge M3 auf 4-6% zu beschränken, wurde erreicht. Während die Bundesbank zu Beginn dieses Jahres das Geldmengenwachstum im gesamten Gebiet der Bundesrepublik im selben Bereich ansetzte, revidierte sie das Geldmengenziel Mitte Jahr auf 3-5%, da ihrer Ansicht nach der monetäre Anpassungsprozess im Ostdeutschland schneller als erwartet ablaufe (gebremste Ausweitung der Geldmenge als Folge erhöhter Spartätigkeit). Aufgrund sich abzeichnender stabilitätspolitischer Gefahren (Kosten des Golfkrieges, hohe Lohnforderungen, ungenügende Sparmassnahmen auf Bundes- und (alten) Länderebene bei steigenden Ausgaben für die neuen Bundesländer, Unterstützung der Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa) erhöhte die Bundesbank per 1.2.1991 die Leitzinsen um 1/2%, um so die Kontrolle über die Geldmengenexpansion nicht zu verlieren. Mitte August erfolgte eine erneute Anhebung der Leitzinssätze (Diskontsatz + 1%, Lombardsatz + 1/4%), nachdem die Jahresteuern im Juli unerwartet stark von 3,3% auf 4,4% gestiegen war.

**Hohe Belastung durch
Wiedervereinigung**

Die finanziellen Aufwendungen für die Bundesrepublik aufgrund der politischen Ereignisse der letzten zwei Jahre sind enorm. Bei einem (momentanen) Gesamtbudget für 1991 von 412 Mia. DM belaufen sich die sog. "einheitsbedingten Ausgaben" auf rund 80 Mia. DM. Der Beitrag zum Golfkonflikt beläuft sich auf 17 Mia. DM und die Hilfe an die mittel- und osteuropäischen Staaten auf 7 Mia. DM (teilweise auf zwei Haushaltsjahre verteilt). Die Kosten für den sowjetischen Truppenabzug aus Ostdeutschland sind noch ungewiss. Der Osthandel der ehemaligen DDR ist völlig zusammengebrochen und die Bundesregierung hat den ostdeutschen Firmen

Transferrubelschulden in der Höhe von 10 Mia. (23,4 Mia. DM) abgenommen, deren Tilgung noch höchst ungewiss ist. Die Neuverschuldung des Bundes dürfte sich 1991 auf 70 Mia. DM belaufen, die Neuverschuldung aller öffentlichen Haushalte (inkl. Länder, Gemeinden, Fonds deutsche Einheit, Treuhandanstalt) auf 140-155 Mia DM. Der IWF schätzt, dass die Kosten, um die ehemalige DDR auf ein mit dem westlichen Deutschland vergleichbares Wirtschaftsniveau zu heben, bis ins Jahr 2000 auf 1'000-1'300 Mia. DM zu veranschlagen sind.

Finanzierung mehrheitlich durch Erhöhung der Abgaben und Steuern, kleiner Wille zu budgetrelevanten Einsparungen

Trotz des geldpolitisch restriktiven Kurses der Bundesbank tut sich die deutsche Regierung schwer, die steigende Staatsverschuldung durch budgetrelevante Einsparungen zu kompensieren. Vielmehr werden die Mehrkosten mit einer Erhöhung der direkten wie indirekten Abgaben aufzufangen versucht. Dazu gehören eine (noch befristete) Erhöhung der Lohn-, Einkommens- und Körperschaftssteuer, Erhöhungen der Mineralöl-, Tabak- und Versicherungssteuer, sowie der Sätze der Arbeitslosenversicherung und der Telefongebühren. Auch wird erwartet, dass der Mehrwertsteuersatz 1993 angehoben wird.

Eigentumsfrage bald kein Haupthindernis mehr für nötige neue Investitionen im Osten Deutschlands?

Nachdem sich die Finanzlage der neuen Länder durch die neuesten finanzpolitischen Beschlüsse Bonns entscheidend verbessert hat, stehen die Länder nun vor der Aufgabe, die milliardenschweren Programme praktisch umzusetzen. Dabei wird ein vordringliches Ziel sein, die Eigeninitiative und den Durchhaltewillen zu fördern und die Subventionsmentalität, welche noch aus der früheren DDR nachwirkt, abzubauen. Die Investitionsmöglichkeiten für westliche Unternehmen werden laufend verbessert. Trotz zahlreichen neuen Regelungen stellt die Eigentumsfrage für Investoren neben anderen ungeklärten Rechts- und Strukturfragen immer noch ein grosses Hindernis dar. Die Frage, ob ein Anspruch auf vormals enteignetes Eigentum erfüllt (nach Meinung der Regierung) oder entschädigt (nach Meinung der Opposition) werden soll, lässt auch erste Gerüchte über eine gemeinsame grosse Koalition (Angesichts der Grösse der Aufgaben) wieder ersticken.

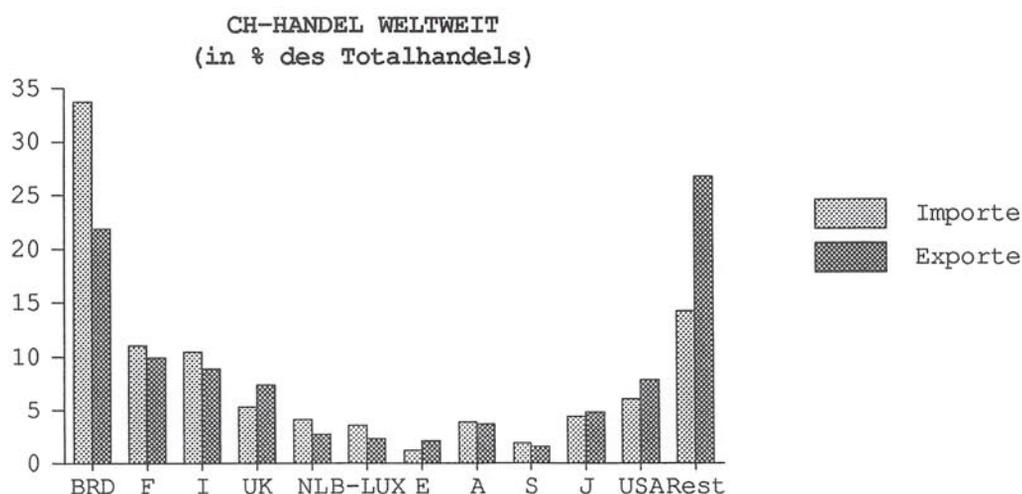
2. Bilateraler Handel

Seit 3. Oktober 1990 keine Handelsdaten mehr mit der ehemaligen DDR - Keine grossen Auswirkungen auf Handelsstatistik

Wichtigster Handelspartner, Handelszahlen mit Deutschland sind gleichgross wie diejenigen mit Frankreich, Italien und Grossbritannien zusammen

Seit dem 3. Oktober 1990 umfassen die Handelszahlen mit Deutschland sowohl den Handel mit dem westlichen wie mit dem östlichen Teil Deutschlands. Dies schränkt die Vergleichbarkeit mit Daten aus früheren Jahren etwas ein, was aber nur minim ins Gewicht fällt, da der Handel zwischen der Schweiz und der ehemaligen DDR weniger als 2% des Handels mit der ehemaligen BRD betragen hatte.

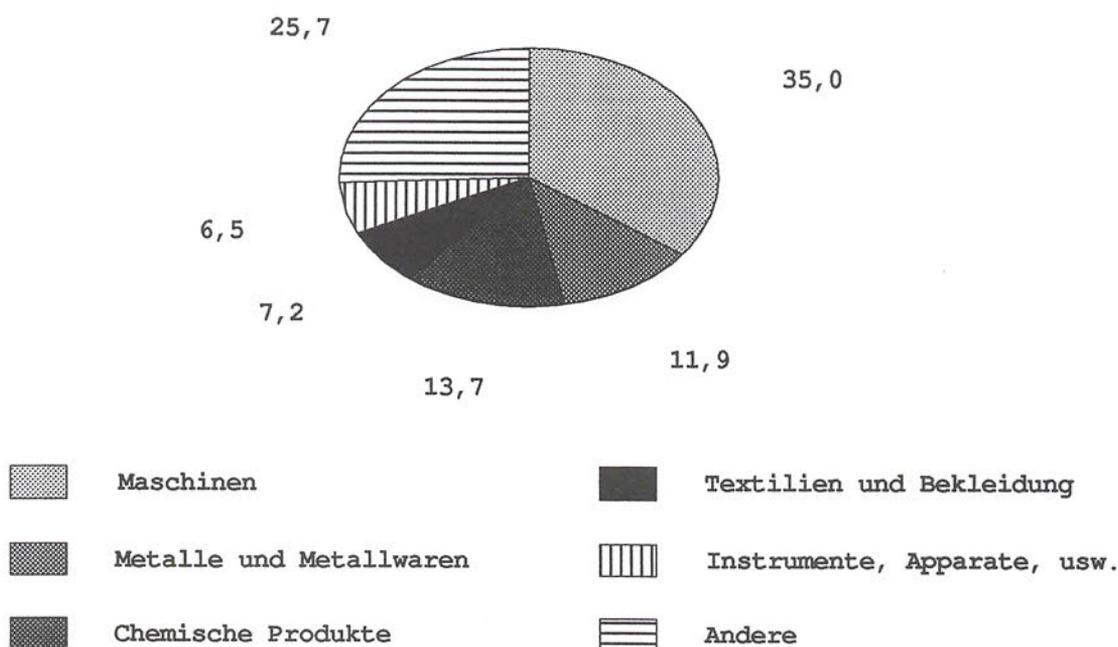
Mit 33,7% der Einfuhren und 21,9% der Ausfuhren war die Bundesrepublik Deutschland auch 1990 für die Schweiz der weltweit wichtigste Handelspartner. Während sich die Einfuhren aus unserem nördlichen Nachbarland um 2% erhöhten (verglichen mit 2,5% im Durchschnitt aller EG-Länder), stiegen die schweizerischen Exporte nach der BRD um 12,7% (Durchschnitt nach den EG-Ländern: 7%), vermutlich nicht zuletzt als Reaktion auf die gestiegene Nachfrage nach allen Arten von Gütern in den neuen Bundesländern, welche nicht ausschliesslich durch die alten Bundesländer gedeckt werden konnten. Im 1. Halbjahr 1991 bildeten sich die Importe aus der Bundesrepublik um 7,2% zurück, während die schweizerischen Exporte sich um 8,5% erhöhten, verglichen mit den entsprechenden Vorjahreszahlen.



Maschinen mit Abstand grösster Exportposten nach Deutschland

Bei den schweizerischen Ausfuhren in die Bundesrepublik dominieren seit Jahren die Maschinen, welche 1990 35% der Totalausfuhren betragen und sich wertmässig um 16% erhöhten. Weitere wichtige Positionen waren chemische Produkte (inkl. Pharma) mit 13,7% der Totalausfuhren, Metalle und Metallwaren 11,9%, Textilien und Bekleidung 7,2% sowie Instrumente, Apparate, usw. 6,5%. Die Lieferungen in die Bundesrepublik umfassen praktisch den ganzen Fächer des schweizerischen Exportangebotes.

Exporte in die BRD nach Produkten
1990, in %

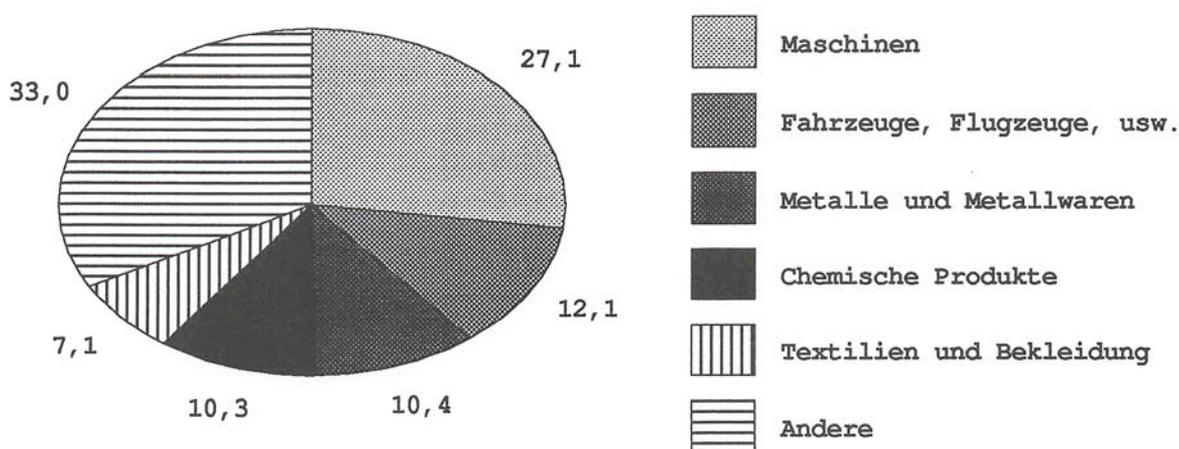


Langsamer steigende Wachstumsraten auf der Importseite

Die bereits erwähnte, nur 2% betragende Zuwachsrate der Einfuhren aus der Bundesrepublik deutet auf eine deutliche Abflachung verglichen mit den Zuwachsraten seit den siebziger Jahren. Wichtigstes Einfuhr-, wie auch Ausfuhrprodukt, waren Maschinen, welche 27,1% der Gesamteinfuhren aus Deutschland ausmachten. Weiter von Bedeutung waren die Einfuhren von Fahrzeugen, Flugzeugen, usw. mit 12,1%, Metalle und Metallwaren 10,4%, chemische Produkte (inkl. Pharma) 10,3% und Textilien und Bekleidung 7,1%.

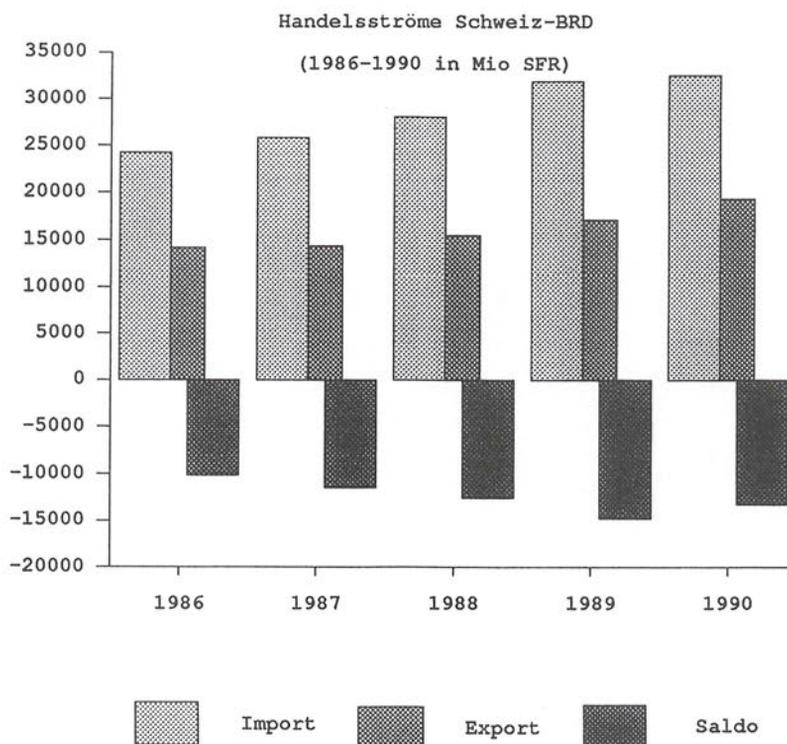
Importe aus der BRD nach Produkten

1990, in %



**Traditionell negative,
leicht verbesserte
Handelsbilanz**

Die Schweiz weist gegenüber der Bundesrepublik ein traditionelles Handelsbilanzdefizit aus, das sich 1990 von 14,8 Mia SFr. leicht auf 13,2 Mia SFr. zurückbildete. In beinahe allen Produktbereichen ist die Schweiz ein Nettoimporteur von Gütern aus der Bundesrepublik. Verglichen mit den anderen EG- und den EFTA-Ländern war 1990 das Handelsdefizit mit der Bundesrepublik mehr als doppelt so gross wie das Handelsbilanzdefizit mit den anderen Ländern zusammen (13,2 Mia verglichen mit 19,2 Mia SFr. mit allen EG und EFTA-Ländern).



**Die Schweiz nach den USA
wichtigster Investor in der
Bundesrepublik**

Die Schweiz rangiert in der Bundesrepublik seit Jahren an zweiter Stelle der Direktinvestoren. Nach Angaben der Handelskammer Deutschland-Schweiz figurierte die Schweiz 1989 in der Bestandsstatistik mit rund 14,1 Mia. DM gleich hinter den USA (32,5 Mia), doch noch vor Holland (11,7 Mia), Frankreich (10,7 Mia) und Grossbritannien (9,3 Mia). Etwas kleiner sind die deutschen Direktinvestitionen in der Schweiz, welche sich 1989 um 167 Mio DM auf einen Gesamtbestand von 8,4 Mia DM erhöhten, was 4,2% aller deutschen Direktinvestitionen im Ausland ausmacht. Die 1989 rückläufigen schweizerischen Investitionen in Deutschland (- 235 Mio Sfr.) scheinen nach Angaben der Handelskammer einen Trend anzudeuten, nach dem schweizerische Grossunternehmen ihre Investitionen vermehrt in den angelsächsischen Raum verlegen, da sie in Deutschland ein genügendes Netz von Produktions-, Verteil- und Beteiligungsgesellschaften aufgebaut haben. Dem stehen immer noch zahlreiche Investitionen kleinerer und mittlerer Firmen in unserem nördlichen Nachbarland gegenüber, welche sich aber auf die Statistik in viel geringerem Ausmasse auswirken.

Erste Angaben für 1990, welche aber nur bedingt mit den oben genannten Zahlen vergleichbar sind, deuten einen weiteren Rückgang der schweizerischen Investitionen in der Bundesrepublik an.

**Schweiz wichtiger
ausländischer Investor in
den neuen Bundesländern**

Diesen Angaben über rückläufige Investitionen schweizerischer Unternehmen in Deutschland stehen verschiedene Meldungen gegenüber, wonach die Schweiz zu den führenden ausländischen Investoren in den neuen Bundesländern gehört. Noch ist es schwierig sich einen Überblick über die Anzahl der Firmenübernahmen durch schweizerische Unternehmen in den letzten 12-15 Monaten zu machen, schwanken doch die Angaben stark. Einschliesslich der Übernahmen durch im Westen Deutschlands ansässige Tochterfirmen dürften es aber etwa 70 Übernahmen sein.

Eckdaten - Politische und wirtschaftliche Ereignisse der letzten zwei Jahre (Auswahl)

- 07.10.1989 "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" - M. Gorbatschows
Kommentar zur Absage der Regierung Honecker an Reformen
- 18.10.1989 Erich Honecker wird durch Egon Krenz abgelöst
- 09.11.1989 Die DDR öffnet die Mauer in Berlin und die Grenze
- 13.11.1989 Hans Modrow wird Regierungschef
- 28.11.1989 Zehn-Punkte Plan des Bundeskanzlers zur Deutschlandpolitik
- 12.04.1990 Wahl von Lothar de Maizière zum Ministerpräsidenten der DDR
- 17.06.1990 Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens
(Treuhandgesetz)
- 01.07.1990 Einführung der D-Mark in der DDR, Wirtschafts-, Währungs- und
Sozialunion
- 31.08.1990 Unterzeichnung des Einigungsvertrages
- 12.09.1990 Unterzeichnung der Zwei-plus-vier-Vereinbarungen, welche einem vereinten
Deutschland die Souveränität zuerkennen
- 03.10.1990 Die DDR tritt der Bundesrepublik bei und löst sich damit nach 41 Jahren
auf
- 02.12.1990 Bundestagswahlen im vereinigten Deutschland, welche der CDU/CSU eine
Mehrheit von 44% bringen (SPD: 34%, FDP: 11%)
- 01.02.1991 Bundesbank erhöht Diskont- und Lombardsatz um 1/2 %
- 26.02.1991 Koalitionsparteien beschliessen im Rahmen einer Budgetnachtragssitzung
Erhöhung der indirekten und direkten Steuern ab 1. Juli 1991
- 15.03.1991 Russischer Botschafter überreicht Ratifikationsurkunde zum Zwei-plus-
vier-Vertrag an Aussenminister Genscher
- 3.1991 EG-Kommission bewilligt 3 Mia-Ecu zur Förderung der neuen Bundeslän-
der
- 30.06.1991 Mehrheitsentscheid des Bundestages zugunsten Berlins als Hauptstadt